

# Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern



**Ausgabe 11/2016**

**14. November 2016**

**Veranstaltung „Polizeitage 2016“ in München**

## **Gewalt gegen Polizeibeamte: Strategien, Vermeidung, Eigenschutz**

Die diesjährige Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Polizeitage“, die der Behördenpiegel zusammen mit der GdP einmal jährlich in München ausrichtet, beschäftigte sich mit dem Phänomen „zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte“. Die Eröffnungsrede hielt Innenminister Joachim Herrmann, der zunächst an den in Georgensgmünd getöteten Kollegen erinnerte und an die Vielzahl von Gefahren im Polizeidienst erinnerte. Umso wichtiger, so Herrmann, sei es, dass die Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst Opfer eines Angriffs werden, unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Deshalb sollte es einen eigenen Tatbestand im Strafgesetzbuch geben, der diese Angriffe unabhängig vom Widerstand gegen Vollstreckungshandlungen und herkömmlicher Körperverletzung unter Strafe stellt. Den sogenannten Reichsbürgern sagte er den Kampf an: wer die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehne, könne nicht erwarten, etwa einen Waffenschein zu besitzen. Und in den eigenen Reihen der Polizei dulde er diese Gesinnung ebenso wenig. Herrmann nannte ein ganzes Maßnahmenpaket zum besseren Schutz der Beamten: neben einer guten und modernen Schutzausrüstung müsse die Aus- und Fortbildung in diesem Bereich stetig fortgeschrieben werden. So ist beispielsweise das Training von „lebensbedrohlichen Einsatzlagen“ wie z.B. bei Situationen in Paris 2015 oder beim Amoklauf in München Bestandteil der aktuellen Ausbildung. Darüber hinaus müsse der Dienstherr seine Fürsorgepflicht bei verletzten Kollegen wahrnehmen, was der Freistaat mit der Übernahme nicht einholbarer Schmerzensgeldtitel im Wert von über 500,- € macht. Die Schutzausstattung für die Polizeibeamten wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert, erst kürzlich wurde das Pilotprojekt zur Einführung von Bodycams gestartet, von dem man sich ebenfalls stark abschreckende Wirkung auf potentielle Gewalttäter erhofft.

GdP-Landesvorsitzender Peter Schall erinnerte an die GdP-Aktion „Auch Mensch“, in der die Problematik steigender Gewalt und sinkenden Respekts gegenüber Polizeibeamten plakativ dargestellt wird. Er schilderte, wie die Uniform als Symbol des Staates



**GdP-Landesvorsitzender Peter Schall nutzt die Gelegenheit zum direkten Austausch mit Innenminister Joachim Herrmann**

immer mehr zur Zielscheibe werde und tägliche Gewaltvorfälle die betroffenen Kollegen in ihrem Dienst verunsichern. Außerdem zeugten auch die hohen Fallzahlen im GdP-Rechtsschutz vom starken Anstieg der Gewalt gegen Polizeibeamte. Er forderte die Justiz deshalb auf, schneller und härter durchzugreifen, um potentielle Gewalttäter, die es leider zuhauf gebe, stärker abzuschrecken. Schall griff auch den Punkt von Innenminister



**Neben StM Herrmann und LV Schall waren auch etliche Behördenleiter zu Gast: Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer und u.a. die Polizeipräsidenten Hubertus Andrä, Robert Kopp, Gerhard Kallert und Robert Heimberger**

### Veranstaltung „Polizeitage 2016“ in München

Herrmann auf und unterstrich die GdP-Forderung nach einem eigenen Paragraphen §115 im StGB, der Angriffe auf Polizeibeamte und andere Rettungskräfte unter Strafe stellt. Neben einer aktiven und beständigen Öffentlichkeitsarbeit in diesem Punkt stellte Schall auch eine moderne Schutzausstattung in den Mittelpunkt seiner Forderungen. Dazu gehöre in Zeiten der Terrorbedrohung vor allen Dingen die Beschaffung einer zeitgemäßen Dienstwaffe, die die GdP schon seit Langem eindringlich fordere. In einer Reihe von Vorträgen aus dem Behördenbereich wurden

ler Koffer mit digitaler Erkennungsdienstlösung der Fa. Secunet vorgestellt.

Zuletzt lud der Chefredakteur des Behördenspiegels, R. Uwe Proll, die innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen und LV Schall zu einer Podiumsdiskussion ein: hier wurden noch einmal die zuvor besprochenen Lösungsansätze diskutiert. Einig war man sich auch hier, dass die Justiz trotz aller Belastung schneller handeln müsse, um dem sinkenden Respekt in manchen Teilen der Gesellschaft entgegen zu wirken. Ob man nun



Regelmäßige Gäste der „Polizeitage“: Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD), MdL und GdP-Mitglied, LV Schall, Eva Gottstein (FW), MdL, R. Uwe Proll, Katharina Schulze (Grüne), MdL, Manfred Ländner (CSU), MdL (v.l.)

als typische Tatverdächtige vorbestrafte männliche 20-50-Jährige unter Alkohol- oder Drogeneinfluss oder mit psychischen Störungen ausgemacht, die vor allem in den Nachtstunden des Wochenendes „zuschlagen“. Michael Laumer vom Bayer. LKA stellte seine Studie zur „Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern“ vor, in der er die zuvor genannten Punkte als Hauptkriterien von Gewaltbereitschaft festmacht. Vor allem der starke Alkoholkonsum zur Nachtzeit lasse hier die Hemmungen spürbar sinken. Zugleich unterstrich er aber, dass von nüchternen und unbeachteten Bürgern nur selten Aggressionen gegen Polizeibeamte ausgingen. Zuvor hatte schon Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer vor den neuen Gefahren des internationalen Terrorismus gewarnt. Unsere Kollegen müssten meist als Erstkräfte an die Tatorte und ständen oftmals haushoch überlegenen Tätern gegenüber, die ihre Waffen problemlos im Darknet besorgen könnten. Ebenso nannte Schmidbauer die 21.631 Einsätze in Asylbewerberunterkünften in 2015 als enormen Risikofaktor. Dennoch sehe er die Bayerische Polizei mit ihren immens hohen Aufwänden zum Schutz der Polizeibeamten gut gerüstet gegen diese Gefahren. Dr. Hans Peter Schmalzl vom Zentralpsychologischen Dienst (ZPD) ging in seinem Vortrag auf die große Bedeutung von Einsatzkompetenz zur Deeskalation ein. Den Polizisten stünden zu Beginn von schwierigen Einsatzlagen stets Möglichkeiten offen, diese durch bestimmte Handlungsmuster zu entschärfen. Mit Eigenschaften wie Aufmerksamkeit, positivem Erscheinungsbild, Selbstsicherheit sowie der Fähigkeit zur Aufgaben- und Teamorientierung können Polizeibeamte sich selbst und anderen in brenzligen Lagen das Leben retten, so Schmalzl. Mehrere Sponsoren aus der Wirtschaft hatten bei der Tagung die Gelegenheit den anwesenden Kolleginnen und Kollegen ihre Beiträge zur Bewältigung dieses Themas vorzustellen. So wurden z.B. das Distanz-Elektroimpulsgerät und die Bodycam der Firma Taser, der ballistische Kopfschutz für Streifen- und Bereitschaftspolizisten der Fa. Ulbrichts Protection und ein mobi-

den Strafraumen anhebt oder nur die vorhandenen Gesetze besser ausschöpft, darin unterschieden sich schon wieder die Meinungen. Des Weiteren wurde eine bessere Alkoholprävention als Vorschlag zur Problemlösung gebracht, wofür z.B. die Sperrstunde wieder verlängert werden müsste. MdL Gantzer machte den interessanten Vorschlag, nach der Schulausbildung



GdP-Landesvorsitzender Peter Schall schilderte die Gewalterfahrungen, die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich machen und berichtete von den Aggressionen, denen sie im Dienst ausgesetzt sind. Zudem erläuterte er die Forderungen der GdP zur Verbesserung der Lage.

wieder ein verpflichtendes soziales Jahr einzuführen – in seinen Augen sei die Identifikation mit dem Staat nach Abschaffung des Wehr- bzw. Ersatzdienstes deutlich gesunken. Alle MdL nutzten zudem die Gelegenheit, der Polizei und ihren Beschäftigten für ihren außerordentlichen Einsatz zu danken. LV Schall betonte zuletzt noch die Bedeutung der Bürgernähe der Beamten als wesentlichen Aspekt. Diese dürfe nicht gänzlich verloren gehen. In Hinblick auf eine immer mehr steigende Aufrüstung zum Schutz der Kollegenschaft müsse immer deutlich bleiben, dass wir eine zivile Polizei sind und bleiben wollen.



### Polizei testet Bodycams für besseren Schutz von Polizisten

Auf einer Pressekonferenz berichtete Innenminister Joachim Herrmann über den Start des Pilotprojekts zur Einführung von Bodycams zum besseren Schutz der Polizeibeamten vor Angriffen oder Beleidigungen. Allein in 2015 wurden knapp 7.000 Fälle verbaler und physischer Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen bekannt. Als typische Täter wurden 18-50 Jahre alte,

Oberbayern Süd und die PI Augsburg-Mitte beim PP Schwaben Nord. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von der FHVR Fürstenfeldbruck, Fachbereich Polizei. Die Bayerische Polizei knüpft dabei an die Erfahrungen des PP Frankfurt an und geht doch eigene Wege: So wird in Bayern beispielsweise auch der Ton mitgeschnitten, um aggressives Verhalten und Beleidigungen ebenfalls zu dokumentieren. Zudem muss der Mitschnitt in Bayern vom filmenden Beamten in brenzligen Situation extra aktiviert werden und die Filmaufnahmen aufmerksam gemacht werden. Zum Schutz vor Missbrauch können die filmenden Beamten keinerlei Einfluss auf das Videomaterial nehmen; dies kann nur der Vorgesetzte bei entsprechend notwendigen Gegebenheiten. Das Filmmaterial wird für drei Wochen gespeichert und danach automatisch gelöscht. Durch diese Vorgehensweise erhofft man sich auch die Bedenken der Datenschützer etwas zu relativieren.

Die Bodycams sollen nur dort zum Einsatz kommen, wo stationäre Videoüberwachung zulässig ist. Sie finden keine Anwendung in Wohnungen (was nach unserer Meinung gerade im Hinblick auf die Einsätze wegen häuslicher Gewalt notwendig wäre), auf Versammlungen oder im Bereich des Verkehrs. Das sog. Pre-Recording wird aus Datenschutzgründen leider nicht erfolgen. Die GdP befürwortet den Probelauf

und hatte sich auch für die aus unserer Sicht unabdingbare Tonaufzeichnung eingesetzt. Der Pilotversuch soll zeigen, ob damit die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Polizisten deutlich gemindert werden kann. Wir begleiten dabei diesen Prozess und werden weiter berichten.



Innenminister Herrmann stellt auf einer Pressekonferenz mit PP Hubertus Andrä (links) das Pilotprojekt zur Bodycam vor; rechts: Pressesprecher Michael Siefener

alkoholisierte Männer klassifiziert. Aufgrund deutlich erkennbarer Videoaufzeichnung besteht laut Innenminister Herrmann die berechtigte Hoffnung, die Hemmschwelle für vermeintliche Täter

zu erhöhen. Zunächst sollen die drei verschiedenen Kameramodelle jeweils vier Monate lang in den Städten getestet werden, in denen besondere Brennpunkte liegen. Dies sind in München die Polizeiinspektionen 11, 14 und 21 sowie die PI Rosenheim beim PP



zu erhöhen. Zunächst sollen die drei verschiedenen Kameramodelle jeweils vier Monate lang in den Städten getestet werden, in denen besondere Brennpunkte liegen. Dies sind in München die Polizeiinspektionen 11, 14 und 21 sowie die PI Rosenheim beim PP

zu erhöhen. Zunächst sollen die drei verschiedenen Kameramodelle jeweils vier Monate lang in den Städten getestet werden, in denen besondere Brennpunkte liegen. Dies sind in München die Polizeiinspektionen 11, 14 und 21 sowie die PI Rosenheim beim PP

### Neues Landesamt für IT-Sicherheit und Cyberabwehr in Nürnberg

„Bayern gründet als erstes Bundesland ein eigenes Landesamt für IT-Sicherheit. Bis 2025 sollen in Nürnberg bis zu 200 IT-Sicherheitsspezialisten Bayerns IT noch sicherer machen – insbesondere auch unseren Bayern-Server und das bayerische Behördennetz“, kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder am Mittwoch (9.11.) an. „Damit kann vorausschauend und effizient auf die immer neuen Cyberangriffe und Kriminalität im Internet reagiert werden. Gleichzeitig wird das neue Landesamt Bürger und Kommunen aktiv beraten und unterstützen“, so Söder, der auch CIO des Freistaats Bayern ist. Noch in diesem Monat soll ein Aufbaustab mit Geschäftsstelle im Heimatministerium in Nürnberg eingerichtet werden. Die Suche nach einem passenden Standort läuft auf Hochtouren. Im kommenden Jahr wird das neue Landesamt dann offiziell starten und bis zum Jahr 2025 schrittweise aufgebaut werden.

Neben der Beratung und Information zum sicheren Umgang mit IT wird die Abwehr von Cyberangriffen, die Analyse kompromittierter IT-Systeme und die Weiterentwicklung der Sicherheitskonzepte der Verwaltungsnetze zu den Aufgabenschwerpunkten gehören. Das neue Landesamt für IT-Sicherheit wird neben den klassischen Aufgaben der Hacker- und Cyberabwehr auch Sicherheitsaufgaben für andere Institutionen, wie die staatlichen Rechenzentren übernehmen. Beispiel hierfür ist die Verschlüsselung von digitalen Informationen. „Durch enge Kooperation mit der Wissenschaft und der bayerischen IT-Sicherheitsindustrie wird sichergestellt, dass ein schlagkräftiges und hochmodernes Hacker-Abwehrzentrum in Bayern entsteht“, sagte Söder.

Das LSI wird auch Bürgerinnen und Bürgern als kompetente Beratungsstelle zur Verfügung stehen, kündigte Söder an. Angefangen von regelmäßigen Informationen zur aktuellen Gefah-

renlage über die gängigen Informationskanäle, wie Twitter und Facebook, und wie man sich dagegen schützen kann. Eine „Bürgerhotline“ soll individuelle Unterstützung leisten. Ferner werden Schulungsangebote vor Ort angeboten über die BayernLabs, die „wir gleichmäßig über ganz Bayern verteilt aufbauen“, so Söder. Ein besonderes Augenmerk auf Sicherheit werde im E-Government und bei der elektronischen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern gelegt. Söder: „Bürger und Wirtschaft müssen darauf vertrauen können, dass ihre Daten bei der Verwaltung gut und sicher aufgehoben sind.“ Das LSI wird auch Kommunen hilfreiche Informationen zur Absicherung ihrer IT-Systeme bereitstellen. Bereits heute können Kommunen das sichere Bayern-Netz nutzen. Sie erhalten auch Unterstützung vom Freistaat bei der Umsetzung von organisatorischen und technischen Maßnahmen, die das IT-Sicherheits-Niveau erhöhen. Das LSI soll künftig die Kommunen nicht nur beraten, sondern ganz konkrete IT-Sicherheitsdienstleistungen erbringen, z.B. praktische Hilfe vor Ort, wenn es einen Viren- oder Trojanervorfall gegeben hat. Das LSI wird eine „IT-Feuerwehr“.

Angriffe aus dem Internet auf IT-Systeme und Netze von Wirtschaft und Verwaltung nehmen stark zu. Gleichzeitig werden die Angriffe professioneller, ausgereifter und trickreicher. Weltweit werden jede Sekunde zwei neue Virenprogramme ins Netz eingeschleust und pro Minute in Deutschland die Identitäten von zwei Internet-Nutzern gestohlen. In Deutschland sind bereits mehr als vier Millionen Bürger Internet-Angriffen zum Opfer gefallen. Experten schätzen den durch die Internetkriminalität verursachten Schaden für die deutsche Wirtschaft auf ca. 45 Milliarden Euro jährlich.

(Quelle: StMF)

### Malchow: Abwehr von Cyberangriffen vordringliche Aufgabe der kommenden Jahre

Die Abwehr von Cyberangriffen stellt nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine der größten Herausforderungen der Sicherheitsbehörden für die kommenden Jahre dar.

Die GdP unterstütze daher die Absicht der Bundesregierung, Deutschland wirksamer vor Netzattacken zu schützen. Angesichts schwerer Hacker-Übergriffe in den letzten Monaten sowie täglicher Versuche, Daten zu stehlen und Computer zu entern, ist es dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow zufolge eine vordringliche staatliche Aufgabe, Netze und Nutzer vor schwerem Schaden möglichst zu bewahren.

Parteilpolitische Grabenkämpfe um effektive Polizei-

arbeit, erschwerende Datenschutzstandards und die blauäugige Vorstellung von uneingeschränkter Netzfreiheit öffneten Cyberkriminellen jedenfalls alle Türen, betonte Malchow am Mittwoch

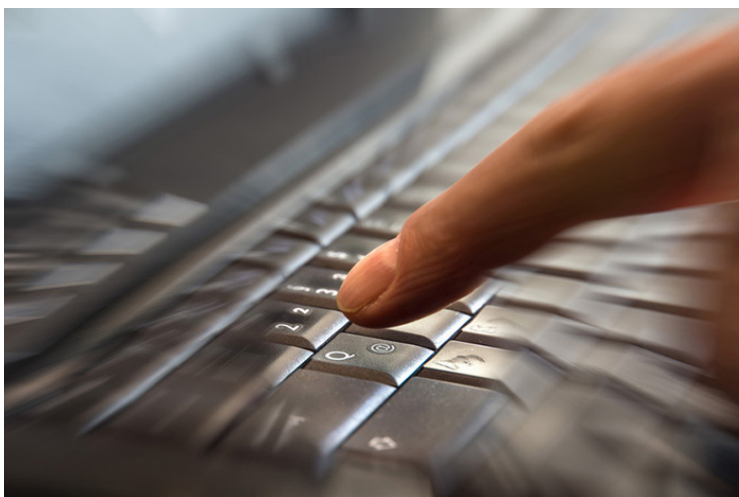


Foto: © Rainer Sturm - <http://www.pixelio.de>

am Rande einer Vorstandssitzung seiner Organisation in Weimar.

Der GdP-Bundesvorsitzende weiter: „Die Folgen eines schweren Cyberangriffs auf existenzielle Einrichtungen wie Energieversorger, Wasserbetriebe und Telekommunikationsanbieter, aber auch auf Polizeieinrichtungen, sind in ihren Dimensionen verheerend. Die Risiken des Netzes müssen minimiert werden. Dazu müssen alle Einrichtungen in Bund und Ländern an einem Strang ziehen.“



### Heinz Preßl verabschiedet sich als Vorsitzender der KG Weiden

In der letzten Oktoberwoche fand in Weiden, Gaststätte Schützenhaus, die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Weiden, statt. Mehr als 40 aktive und pensionierte Mitglieder fanden sich ein, u.a. auch der Ehrenvorsitzende Reinhold Preßl und der Bezirksvorsitzende Gerhard Knorr. Nach der Begrüßung durch den „Noch Vorsitzenden“ der Kreisgruppe, Heinz Preßl, und einem Vortrag von Veronika Schubert von der Signal Iduna über aktuelle Änderungen der Versicherungsleistungen ging es zu einer gemeinsamen Brotzeit über.

Im offiziellen Teil danach mit Totengedenken folgte der Bericht des Kreisvorsitzenden. Er ging auf aktuelle Themen ein, wie Personalsituation, Personalratswahlen 2016, Misere beim Stau zum Hauptmeister mit Zulage, Erhöhung Dienst zu ungünstigen Zeiten, neue Arbeitszeitmodelle aufgrund der EU-Richtlinie und auch die anstehende Tarifrunde 2017. Nicht überraschend vermeldete er zum Abschluss seinen Rücktritt als Kreisvorsitzender nach fast 10 Jahren in diesem Amt. Grund ist einzig und allein seine demnächst anstehende Pensionierung im Jahr 2017. Damit war eine Neuwahl des Vorsitzenden erforderlich. Theo Peters von der KPI Weiden wurde von den Wahlberechtigten einstimmig als neuer „GdP Chef“ im Bereich Weiden per Akklamation gewählt. Peters nahm die Wahl an und erklärte, dass er die gute Arbeit des bisherigen Vorsitzenden für alle Mitglieder fortführen will.

Beide zusammen ehrten anschließend mit Bezirksvorsitzenden Gerhard Knorr langjährige Mitglieder mit einem Präsent und Urkunde:

Für 10 Jahre: Katrin Köstler, Regina Meier, Norbert Schmid, Markus Suckart, Jürgen Würschinger, Matthias Stock und Peter Triebenbacher

Für 20 Jahre: Hubert Bauer, Markus Schneider, Claus-Jürgen Sommer, Ramona Weiß, Werner Schönfelder, Michael Stahl, Gerhard Wagner

Für 30 Jahre: Georg Bäuml, Stefan Berger, Beate Ertl, Ingmar Feistel, Werner Hanauer, Siegfried Liedl

Für 40 Jahre: Bertold Hauser, Johann Klug,

Karl-Heinz Meier, Hermann Schüller, Karl-Josef Wurmstein, Günter Walter, Manfred Fehr, Reinhard Glatz, Wolfgang Groszer, Karl Güntner, Herbert Heim, Franz Tschauerer, Martin Ulrich, Georg Wagner

Für 50 Jahre: Anton Gebhard, Christian Staudinger, Franz Zeitler, Richard Gebhard, Joachim Häberer, Erich Kammerer, Albert Werner, Herbert Werner

Für 55 Jahre: Josef Pöss, Johann Ermer



V.l.: Heinz Preßl, Theo Peters, Gerhard Knorr

Nach den Ehrungen ergriff Gerhard Knorr das Wort. Sein Dank galt Heinz Preßl für die Arbeit in den letzten Jahren. Auch er ging dann nochmals auf aktuelle Themen der Gewerkschaftsarbeit ein. Natürlich fehlten auch nicht ein paar kritische Worte



BG-Vorsitzender Gerhard Knorr und der neue KG-Vorsitzende Theo Peters mit den geehrten Mitgliedern

zu diesen Punkten. Heinz Preßl schloss nach der Fragerunde der Kollegen die Versammlung als seine letzte Amtshandlung als Kreisvorsitzender.



# FUJITSU-PRODUKTE FÜR GdP-MITGLIEDER

Weihnachten wird traumhaft  
mit unseren Geschenke-Tipps!

Ausführliche Produktinformationen sowie  
weitere Angebote und Bestellungen unter

<http://shop.fujitsu.com/gdp>

Mit Deiner Mitgliedsnummer anmelden,  
in Ruhe auswählen und online bestellen!  
Oder Code scannen und anmelden ...



699,- €\*

44,90 €\*

68,5 cm (27")

199,90 €\*

FUJITSU

shaping tomorrow with you

989,- €\*

## FUJITSU Sportive Backpack 15

Schutz für Ihr Notebook und Tragekomfort  
für jeden Tag:

- Hohe Qualität und Stabilität
- Optimierte Ergonomie
- Max. Notebook-Größe:  
bis 15,6 Zoll/385 x 265 x 40 mm

Nur 44,90 €\* (statt 60,- €)

## ESPRIMO PH556

Leistungsstarker Multimedia-PC:

- Intel® Core™ i5-6400-Prozessor  
(4x 2.70 GHz)
- 8 GB RAM; 256 GB SSD +  
1000 GB HDD Festplatten
- DVD Super Multi + MultiCard  
Reader 24 in 1
- NVIDIA® GeForce® GTX 745  
Grafikkarte

Nur 699,- €\* (statt 749,- €)

## DISPLAY L27T-1

Großer Bildschirm zum kleinen Preis:

- Diagonalgröße: 68,5 cm (27 Zoll)
- Auflösung (nativ): 1.920 x 1.080 Pixel  
(empfohlen)
- 2 x USB (seitlich), integrierte  
Lautsprecher

Nur 199,90 €\* (statt 259,- €)

## STYLISTIC R726

Business Tablet. Business Notebook:

- Das perfekte 2-in-1 Gerät
- Microsoft Windows 10 Professional
- Inkl. Magnet-Tastatur
- Active Pen für Stifteingabe
- Stabiles Magnesium-Aluminium-  
gehäuse

Ab 989,- €\* (statt 1.049,- €)

Made in  
Germany



GdP Service GmbH

\* Alle Preise beinhalten die gesetzl. MwSt.; ab 100,- € Warenwert versandkostenfrei. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten. Angebot gilt, solange Vorrat reicht.

GdP Service GmbH · Hansastrasse 17 · 80686 München · Telefon: 0 89 - 57 83 88 20 · Fax: 0 89 - 57 83 88 21 · [www.gdp-service-gmbh.de](http://www.gdp-service-gmbh.de)